DEBATTE FREITAG, 17. DEZEMBER 2021 Die Presse

**Gastkommentar.** Polen wird der Erpressung Lukaschenkos nicht nachgeben und seine Grenzen schützen.

## Es wird nur mit Dialog gehen

VON JOLANTA RÓŻA KOZŁOWSKA

ie Situation an der polnisch-belarussischen Grenze ist seit Wochen Thema ausführlicher Berichte internationaler Medien. Umso mehr freue ich mich, Ihnen dazu einige Punkte darlegen zu dürfen. Zunächst sollten wir die Entstehung der gegenwärtigen Krise Revue passieren lassen: Im Jahr 2020 wurden die Präsidentschaftswahlen in Belarus gefälscht. Hunderttausende Belarussen gingen auf die Straße, um gegen den Wahlbetrug zu protestieren. Die friedlichen Demonstrationen wurden von Lukaschenkos Regime brutal niedergeschlagen (bis heute sind fast 1000 politische Gefangene in belarussischen Gefängnissen inhaftiert). Die EU hat fünf Sanktionspakete gegen Belarus verhängt, darunter auch Wirtschaftssanktionen. Die Krise, die wir heute an polnisch-belarussischen Grenze erleben, ist eine Folge dieser Ereignisse. Sie ist die Antwort der belarussischen Behörden auf die entschlossene Haltung der EU-Mitgliedstaaten gegenüber Menschenrechtsverletzungen und der Verfolgung der Opposition.

Freiheit und Solidarität sind Werte, die jedem Polen am Herzen liegen. Wir unterstützen die Menschen in Belarus und werden dies auch weiterhin tun. In Warschau gibt es das Diasporazentrum Belarussisches Haus, in dem verschiedene Oppositionsorganisationen zusammengeschlossen sind und sich der Sitz des unabhängigen Fernsehsenders Belsat befindet. Wir haben Tausende von Belarussen aufgenommen, die vor den Repressionen des Lukaschenko-Regimes Zuflucht suchten. Einen Symbolwert erlangt die gemeinsame Teilnahme der belarussischen Oppositionsführerin S. Tichanowskaja und des polnischen Präsidenten, A. Duda, an dem von US-Präsident Joe Biden organisierten Gipfel für Demokratie.

Belarus beschränkt sich nicht nur auf die Verfolgung der Opposition, sondern instrumentali-

siert Migranten für seine eigenen politischen Ziele, indem es diese Menschen als Mittel für einen hybriden Angriff auf EU- und Nato-Länder einsetzt. Versuche des illegalen Grenzübertritts, die Zerstörung technischer Barrieren und physische Angriffe auf polnische Beamte werden von belarussischen Spezialdiensten angeregt und koordiniert. Belarus weigert sich, polnische Hilfskonvois mit Hilfsgütern für Migranten auf seinem Hoheitsgebiet aufzunehmen. Die Schleusung von Menschen ist eine Einnahmequelle für Belarus.

#### Ernst der Lage deutlich

Die Ostgrenze Polens ist auch die Außengrenze der EU und der Nato. Polen hält seine EU- und Nato-Verbündeten über die Lage an der Grenze auf dem Laufenden und arbeitet eng mit Frontex zusammen. Soldaten aus dem Vereinigten Königreich und Estland sind an der polnisch-belarussischen Grenze im Einsatz. Um seinen europäischen Partnern den Ernst der Lage an der polnisch-belarussischen Grenze noch deutlicher vor Augen zu führen, hat Polens Ministerpräsident, Mateusz Morawiecki, eine Reihe von Auslandsreisen unternommen. Die Lage an der polnisch-belarussischen Grenze wurde auch in einer außerordentlichen Sitzung des UN-Sicherheitsrats und einer Tagung des Europäischen Rats erörtert.

Polen wird der Erpressung Lukaschenkos nicht nachgeben und seine Grenzen schützen. Gleichzeitig sollten wir uns um eine Deeskalation der Krise bemühen und bereit sein, den Migranten im Hoheitsgebiet von Belarus humanitäre Hilfe zu leisten. Belarus muss jedoch zeigen, dass es bereit ist, auf den Weg der Demokratie zurückzukehren und einen konstruktiven Dialog aufzunehmen, um die politische Krise im Land zu beenden.

Jolanta Róża Kozłowska ist seit September 2017 Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafterin der Republik Polen in der Republik Österreich.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

## ICH LEBE JETZT SEHR VERDICHTET DAS SENKT DIE ERHITZUNG



# Das regionale Biokistl vor der Tür wird nicht reichen

**Agenda 2030.** Städte und Gemeinden sind besonders gefordert, Bedingungen zu schaffen, die Menschen nachhaltiges Leben erleichtern.

**VON CHRISTIAN KOZINA UND VERENA GERMANN** 

sterreichs Städte und Gemeinden haben sich in den vergangenen 100 Jahren stark verändert: Durch die Verfügbarkeit fossiler Energien konnten sie sich schrittweise von regionalen Abhängigkeiten lösen. Die Städte wuchsen in das Umland, der ländliche Raum wurde stärker denn je zersiedelt und der Boden versiegelt. Daraus entstanden jedoch neue Abhängigkeiten: Die meisten Lebensmittel, Rohstoffe und Produkte legen heute weite Wege zurück, bevor sie in den Regalen landen oder als Infrastruktur verbaut werden.

In Städten ist eine Selbstversorgung für die meisten undenkbar. Am Land ist das Auto fast unverzichtbarer Bestandteil des Alltags. Nachhaltig ist das nicht. Die dafür benötigte Energie wird weitgehend aus endlichen Rohstoffen wie Kohle, Öl und Gas gewonnen. Deren Verbrennung beschleunigt die globale Erwärmung. Rege Bautätigkeit führt zu einem hohen Ressourcenverbrauch. Die langen Transporte benötigen viel Energie. Gleichzeitig schwindet die regionale Versorgungssicherheit, wenn jedes Jahr Hunderte bäuerliche Betriebe das Handtuch werfen und kleine, regionale Unternehmen von großen Ketten und Online-Handel verdrängt werden; wenn man von seltenen Erden abhängig ist, die am anderen Ende der Welt gewonnen werden; und wenn man Technologien benötigt, die man selbst nicht herstellen kann.

## Zu wenige, die so handeln

Viele Menschen wollen dagegen etwas unternehmen. Einige gründen Food Coops, andere bestellen wöchentlich regionale Gemüsekistln und kaufen Bio-FairTrade-Mode. Manche verkaufen oder verschenken Dinge, die sie nicht mehr brauchen; sie nehmen, so oft es geht, das Fahrrad und fahren mit dem Zug in den Urlaub. Unterm Strich sind es jedoch nur wenige Menschen, die so handeln. Denn unter den bestehenden Rahmenbedingungen ist es oft leichter, importierte Lebensmittel im Supermarkt zu kaufen, billige Wegwerfmode online zu bestellen, nicht mehr Benötigtes wegzuwerfen und die Alltagswege mit dem Auto zurückzulegen.

Städte und Gemeinden sind daher besonders gefordert: Innerhalb ihres Handlungsspielraums müssen sie Rahmenbedingungen schaffen, die es den Menschen erleichtern, nachhaltig zu leben. Das beginnt bei der Raumordnung: Wenn die Orte für Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit und Bildung nah beisammen liegen, sind die Alltagswege kurz und können leicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Im Gegensatz zu stark zersiedelten Regionen können dicht besiedelte Räume leichter an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen werden. Auch die Versorgung mit Strom und Heizenergie wird einfacher - ebenso wie die Er-

### **PIZZICATO**

## **Superstars**

 ${\bf E}$  r war der Superstar, er war so populär, er war so exaltiert . . . Okay, das exaltiert streichen wir wieder. Aber sonst passt alles. Ein politischer Superstar war er allemal, für die eigenen Anhänger vor allem. Alternativlos. Vor nicht allzu langer Zeit hatte er noch fulminant eine Wahl gewonnen.

Es schien ewig so weiterzugehen. Vor seinem Aufstieg hatte er sich mehr oder weniger elegant seines Konkurrenten entledigt. Seither war es aufwärts gegangen. Nicht alle hatten ihm das zugetraut, aber bald war klar, dass er die anderen, jedenfalls die in seiner Partei, überragt. Auch über die Grenzen seines Herrschaftsgebiets wirkte er hinaus. Und so war auch seine Regierungszeit lange Zeit von wohlwollender, durchaus anerkennender Berichterstat-

Doch dann legte er sich mit den Falschen an. Linken, jungen Aktivisten, die mit und in sympathisierenden Medien natürlich in der Lage sind, jede Menge Wind und Wirbel zu verursachen. Während diese dann recht schnell zu armen Opfern stilisiert werden, bleibt man selbst als autoritärer Charakter übrig. Und büßt an Sympathien ein.

Wir reden natürlich von Michael Ludwig. Von wem sonst, werden Sie jetzt zu Recht fragen.

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

## **LESER**POST

### Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33. A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

## **Einnahmenautomatik** statt Ausgabenreform

"Finanzminister Brunner bremst zu Recht", LB v. Werner Doralt, 5. 12. Die inflationsangepasste Einkommenssteigerung eines Durchschnittsverdieners führt gelegentlich in eine (für ihn nicht gedachte) Progressionsstufe (kalte Progression! Reallohnverlust!), für den von Doralt genannten Bestverdiener wohl nicht. Die Tarifanpassungen (es sollten eigentlich die Tarifstufen angehoben und nicht die Sätze gesenkt werden) nützen dem Durchschnittsverdiener mehr als dem Bestverdiener, er bekommt ja, wenn's gut geht, das "Geraubte" zurück, der Bestverdiener aber nur zum Teil (es wird ja nur in den unteren Stufen repariert). Zum Argument "Es fehlen dann die budgetären Reserven": Es ist natürlich einfacher, es bei einer Einnahmenautomatik zu belassen, als sich mit einer Ausgabenreform zu befassen. BM Brunner wird sicher einem Experten wie Werner Doralt eher folgen als kundigen ("Presse"-)Journalisten oder Leserbriefschreibern.

**Heinz Dim.** 4910 Ried (kein Bestverdiener)

### Nato-Manöver mit nur politischem Symbolwert

"Was sind Nato-Manöver vor Russlands Toren?", LB von Franz Reitbauer, 15. 12. Franz Reitbauer hat beim löblichen Bemühen, "die andere Seite zu sehen", russische Propaganda recycelt, die durch ständige Wiederholung nicht wahrer wird. Ein Versprechen der Nato oder des "Westens" gegen eine Nato-Osterweiterung hat es nie gegeben. Ein solche Zusicherung hat der damalige Außenminister Genscher zwar Gorbatschow im Zuge der deutschen Wiedervereinigung gemacht. Er war aber nie autorisiert, für die Nato zu sprechen.

Die Nato-Manöver im Baltikum sind angesichts der dortigen Bedrohungslage legitim, haben mit ein paar Spähpanzern und zwei, drei Grenadierbataillonen aber nur politischen Symbolwert. Dagegen veranstaltet Putin zusammen mit Lukaschenko alljährlich die Sapat-Großmanöver mit ieweils 200.000 russischen und belarussischen Soldaten und Hunderten von Kampfpanzern, Bombern, Raketenwerfern, Kriegsschiffen usw. Dieses Jahr wurden erstmals auch Kampfroboter und neue Kampfdrohnen vorgeführt.

Taktisches Ziel des Waffenverbunds der Großübungen ist es, einen feindlichen Angriff zurückzuwerfen und aus dem Raum Nordostpreußen (dem Oblast Kaliningrad) und aus Belarus vorstoßend Polen vom Baltikum zu trennen und binnen fünf Tagen Warschau einzunehmen. Statt vom Bedrohungsszenario für Russland zu schwadronieren, sollte man lieber einen Blick auf die mili-

DEBATTE **Die Presse** Freitag, 17. dezember 2021

richtung und Instandhaltung von Wasserleitungen, Sanitärversorgung, Kommunikationsinfrastruktur und Straßen.

Doch dicht gebaute Siedlungen haben nicht nur Vorteile: Je enger die Menschen zusammenleben, desto höher ist das Konfliktpotenzial; desto stärker konzentrieren sich Hitze, Abgase, Lärm und Müll; und desto schwieriger wird es, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen. Daher sind die Kommunen gefordert, die öffentlichen Räume in der Stadt aktiv und inklusiv zu gestalten: Die Menschen brauchen Raum, um sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad rasch und sicher bewegen können; sie brauchen Plätze, auf denen sie in Ruhe ausspannen oder ihre Kinder unbesorgt herumlaufen lassen können; sie brauchen Parks, Grünund Wasserflächen, damit sie sich erholen und Sport betreiben können und nicht jedes Wochenende aufs Land fahren müssen. Sie brauchen aber auch Geschäfte und Märkte, bei denen sie nachhaltige Produkte und Dienstleistungen kaufen können; sie brauchen Restaurants, in denen regionale, saisonale, biologische Speisen zu leistbaren Preisen serviert werden; sie brauchen konsumfreie Orte, in denen sie sich treffen und austauschen können; und nicht zuletzt auch Räume, um sich einzubringen und mitzugestalten.

#### Fahrzeuge leihen

Nachhaltige Städte und Gemeinden schaffen Möglichkeiten, Fahrzeuge und diverse Gegenstände, die man im Alltag benötigt, auszuleihen oder kostengünstig zu reparieren. Sie fördern die ökologische Sanierung von Gebäuden, verhindern Leerstände und sichern leistbaren, klimaneutralen Wohnraum. Sie unterstützen gezielt kleine, regionale Betriebe und schaffen dadurch sinnstiftende, sichere Arbeitsplätze in der Region. Sie ermöglichen und stärken dezentrale Kreisläufe und regionale Wert-

## **DIE AUTOREN:**



**Christian Kozina** ist Umweltsystemwissenschaftler und hat im Projekt UniNEtZ an den SDGs 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden)

und 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion) mitgewirkt.



Verena Germann ist Koordinatorin des SDG 6 (Sauberes Wasser und Sanitär einrichtungen) im UniNEtZ und Studentin

in der Doktoratsschule Transitions to Sustainability (T2S) an der Boku. [beigestellt] E-Mails an: debatte@diepresse.com

schöpfung und geben der Natur, aber auch Kunst und Kultur einen hohen Stellenwert.

Nachhaltige Städte geben dem Fuß- und Radverkehr Vorrang. Sie bauen ein dichtes öffentliches Verkehrsnetz auf, das weit über die Stadtgrenzen hinausreicht. Ländliche Gemeinden unterstützen dies, indem sie kleine Park-&-Ridebzw. Bike-&-Ride-Plätze an den ÖV-Stationen errichten. Dadurch können S-Bahnen und Regionalbusse entlang bestimmter Achsen dicht getaktet zwischen Stadt und Land verkehren - und das Auto wird auch für das Pendeln nicht mehr benötigt.

#### Gegen fossile Abhängigkeit

Durch diese Schritte werden die Städte und Gemeinden wieder zunehmend unabhängiger von fossilen Brennstoffen und globalen Lieferketten. Sie gewinnen Handlungsmacht und Entscheidungsspielräume zurück. Doch der Weg dorthin ist nicht einfach: Gebäude, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur hängen eng miteinander zusammen. Viele Menschen und Unternehmen können im jetzigen System offenbar gut leben. Ihre Veränderungsbereitschaft ist dementsprechend gering - vor allem dann, wenn die Menschen keine Alternativen sehen.

Transformation kann daher nur gelingen, wenn die betroffene Bevölkerung aktiv eingebunden wird: Wenn z. B. eine neue Fußgängerzone errichtet werden soll, binden nachhaltige Städte und Gemeinden ihre Bürger und Bürgerinnen von Anfang an ein - und lassen die Wünsche und Sorgen der Menschen in nachvollziehbarer, transparenter Art und Weise in die Planung einfließen. Der Aufwand, der dafür notwendig ist, ist deutlich geringer als jener, der im Nachhinein entsteht, wenn Bürger und Bürgerinnen Einsprüche erheben oder gegen bestimmte Vorhaben protestieren.

Die meisten dieser Maßnahmen können Städte und Gemeinden bis zu einem gewissen Grad selbst umsetzen. Gleichzeitig sind sie jedoch stark von anderen abhängig - von Bund und Ländern, aber auch von der Unterstützung von Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kunst. Diese Kräfte zu bündeln wird die wohl wichtigste Herausforderung der Zukunft.

Dieser Text ist Teil einer Artikelreihe, die das UniNetz an dieser Stelle jeden Freitag publiziert. Die Allianz Nachhaltiger Universitäten in Österreich hat 2019 ein Projekt unter dem Titel "UniNetz - Universitäten und nachhaltige Entwicklungsziele" entwickelt. Alle bisher erschienenen Teile dieser Reihe finden Sie unter DiePresse.com/Meinung

## **QUER**GESCHRIEBEN



VON CHRISTIAN ORTNER

## Kurz muss weg, auch wenn Kurz weg ist

Nachtreten gehört zum unguten politischen Brauchtum des Landes - Sebastian Kurz der Scharlatanerie zu zeihen ist trotzdem etwas ahistorisch.

Herbert Kickls

sozusagen - wer

100 nachweisen

einen IQ unter

nur die Hälfte.

Corona-Puff

kann, zahlt

nter dem Titel "Abschied von Sebastian Kurz" verfasste dieser Tage Kollege Hans Rauscher eine Art Nachruf auf den politisch (vorerst) von uns gegangenen 35-jährigen Doppel-Altkanzler, dessen entscheidende Passage lautete: "Jetzt geht es darum, wie wir weitertun, wie wir aus der türkisen Scharlatanerie der letzten vier Jahre und aus der ansatzweisen Radikalisierung wegen Corona wieder herauskommen ("Der Standard", 11. 12. 2021).

Nun ist die ansatzweise Radikalisierung, die jeden Samstag in der Wiener Innenstadt oder gar vor Krankenhäusern zu besichtigen ist, wohl eher der Dumm-

heit mancher Mitbürger und einem politischen Laufhausbetreiber namens FPÖ geschuldet, der mit seinen Schwurbler-Demos eine Art Triebabfuhr für jene Unvernünftigen geschaffen hat, für die sie sich mit einem politischen Schandlohn in Form von Wählerstimmen bezahlen lässt. Herbert Kickls Corona-Puff sozusagen, wer einen IQ unter 100 nachweisen kann, zahlt nur die Hälfte.

Kurz freilich kann man dafür nur dann verantwortlich machen, wenn man, wie viele Anhänger der "Kurz muss weg"-Liga, die Auffassung vertritt, dass Kurz grundsätzlich für jedes nur denkbare Übel dieser Welt verantwortlich ist.

Was aber ist dran an der nicht nur von Hans Rauscher verbreiteten Erzählung von der "türkisen Scharlatanerie" der Kanzlerjahre des Sebastian Kurz einmal abseits jener unbewiesenen Vorwürfe, die von der Justiz zu klären sind? Scharlatan, so lehrt uns das etymologische Lexikon, ist, "wer nichts von seinem Fach versteht, aber vorgibt, viel zu wissen, Aufschneider, Schwindler, Hochstapler also". Ich bin mir nicht sicher, ob das eine treffliche Charakteristik für Sebastian Kurz ist. Dass er nichts von seinem Fach, der Politik, versteht, ist Nonsens; und wenn der Mann ein "Schwindler oder Hochstapler" ist, dann wäre das ein erheblicher Teil der politischen Klasse ebenso. Zutreffend ist, dass Kurz vor allem in der Coronakrise zu früh Entwarnung gegeben hat und die eine oder andere Entscheidung eher politisch denn

medizinisch motiviert getroffen hat. Man kann das kritisieren - aber "Scharlatanerie"? Geht's nicht um eine Konfektionsgröße kleiner?

Für mich gehört zu den enttäuschenden Aspekten der Ära Kurz die weitgehende Abstinenz im Einschlagen der richtigen wirtschaftspolitischen Pflöcke, wie das seinerzeit Wolfgang Schüssel unternommen hat, etwa durch die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie, allen voran der Voest. Sebastian Kurz hat nicht einmal annähernd vergleichbares vorzuweisen, aus wirtschaftsliberaler Sicht war da kaum was, das Bestand haben wird. Verlorene Jahre in dieser Hin-

sicht, und dieser Vorwurf wiegt schwer genug - aber "Scharlatanerie" ist das deswegen doch nicht; wie man das eigentlich keinem Kanzler der II. Republik seriöser weise zuschreiben kann.

Schon gar nicht als Scharlatenerie kann diskreditiert werden, was Kurz in anderen Politikbereichen an Markierungen hinterlassen hat. Dazu gehört das Voran-

treiben der Agenda der "Frugalen Vier", also der Versuch, den weiteren Umbau der EU zur Schuldenunion zu bremsen und den Tugenden der (staatlichen) Sparsamkeit wieder Gehör zu verschaffen. Auch sein harter Kurs in der Frage der illegalen Einwanderung und ihrer Bekämpfung ("Festung Europa"), sein Widerstand gegen den UN-Migrationspakt und die sogenannte Aufteilung der Migranten gegen den Willen einzelner Mitgliedstaaten waren nicht Scharlatanerie, sondern notwendige Realpolitik. Die übrigens, wie in der jüngsten Causa "Migranten als Waffe gegen Polen" zu besichtigen war, langsam mehrheitsfähig wird in Europa.

uch sonst liegt die "Scharlatanerie" wohl im Auge des Betrachters. Israelis zum Beispiel werden den betont mit dem Judenstaat solidarischen Kurs der Kurz-Regierung als Wohltat empfinden. Dass ausgerechnet jemand wie Hans Rauscher das aus seinen diesbezüglichen Reflexionen ausklammert, erstaunt. Aber ich weiß: "Kurz muss weg, Kurz muss weg, Kurz muss weg, Kurz . . .

**Zum Autor:** 

Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet "ortneronline. Das Zentralorgan des Neoliberalismus".

Morgen in "Quergeschrieben": Anneliese Rohrer

tärischen Proportionen und Kriegsziele werfen.

Dr. Albrecht Rothacher, Gesandter-Botschaftsrat a. D., 9871 Seeboden

## **Auch in Österreich ist** Wachsamkeit geboten

"Es gibt auch Grund für Optimis-

mus", Leitartikel von Rainer Nowak, 11. 12. Der deutsche Machtwechsel ist keineswegs Beweis für "enorme politische Reife", sondern ein sehr normales Merkmal westlicher Demokratien. Angela Merkel hat sich dabei so verhalten, wie man es erwarten durfte, in auffälligem Kontrast zum degoutanten Abgang von Christian Kern 2017. Der Machtwechsel in den USA ist noch nicht so lang her, der Sturm auf das

Wachsamkeit geboten. Nur wirkliche Impfzweifler können durch sachliche Argumente überzeugt werden. Wer aber von Intensivstationen spricht, die von Menschen mit Impfschä-

Kapitol darf nicht so rasch verges-

sen werden. Auch in Österreich ist

den gefüllt wären, möchte die Pandemie parteipolitisch instrumentalisieren; wer sich vom rechten Abschaum nicht distanziert, gefährdet die demokratische Stabilität des Landes; wer zulässt, dass Wissenschaftler, Journalisten und auch Politiker bedroht werden, ebenso. Wer aber Pfleger und Ärzte wegen ihrer Tätigkeit zum Wohle der Menschen einzuschüchtern versucht, beschimpft, bedroht und tätlich angreift, muss sich zu Recht vorhalten lassen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen. Mag. Werner Müller, 3003 Gablitz

## Mehr Achtung vor der

Wissenschaft Das Thema "Covid" im Netz Die Diskussionsforen im Internet zum Thema "Covid" zeigen interessante Aspekte des österreichischen Selbstverständnisses: Während offenbar ein Gutteil der Bevölkerung über profunde Kenntnisse komplexer fachmedizinischer Materien verfügt, lassen deren Beziehung zu Orthografie und Grammatik der deutschen Sprache oft bemerkenswerte Defizite sichtbar werden. Vielleicht wäre mehr Achtung vor den Leistungen der medizinischen Wissenschaft und mehr Einsicht in die Begrenztheit der eigenen Möglichkeiten angebracht. Dr. Karl Springer, 8010 Graz

## **Offensichtliches Desinteresse an Fakten**

"Wer tatsächlich auf den Intensivstationen liegt", Interview mit Walter Hasibeder von Köksal Baltaci, 16. 12. Ein informativer Artikel von Köksal Baltaci. Seine eigene Umfrage bei einem Dutzend Intensivmedizinern ergibt: 85 Prozent von deren Corona-Intensivpatienten sind nicht geimpft. Unverständlich bleibt mir dagegen in einer Zeit, in der jeden Tag ein paar Dutzend Mitmenschen an Covid sterben, das offensichtliche Desinteresse der Politik an Fakten: Wieso gibt es

keine Statistik darüber, wie viele

dieser Toten geimpft und wie viele ungeimpft waren? (Am besten noch aufgeschlüsselt zwischen freiwillig und unfreiwillig ungeimpft.) Auch eine österreichweite Altersstatistik der Covid-Toten wäre interessant. Wieso gibt es keine solchen Statistiken, die jeden Tag aktualisiert werden?

Mag. Erich Wallner, 3100 St. Pölten

### **Obdachlose verdienen** unsere Unterstützung

"50 Euro gegen die Kälte" von Miriam Marits, 14, 12, Eigentlich beschämend, dass sich die Caritas um eine Spende für die Ärmsten im Lande, frierende Obdachlose, bemühen muss. Wir vergessen die tragischen Geschichten dieser Menschen am Rand unserer Gesellschaft meist schnell wieder oder verdrängen sie. Welche Motive diese aus der Reihe fallenden Mitmenschen auch haben, das Streunen der Sesshaftigkeit vorzuziehen, verdienen auch sie unsere einfühlsame Unterstützung. Das umso mehr, als sie allgemein nicht durch Aggressivität oder gar Verbrechen auffallen und eher selbst oft zum Opfer werden.

Wo bleibt also hier der Wohlfahrtsstaat Österreich? Ist es den Steuerzahlern nicht zuzumuten, dass man Obdachlosen einen warmen Schlafsack und angemessen auch Mahlzeiten zur Verfügung stellt, auch wenn man den armen Teufeln nachrennen muss? Ich meine schon!

Hansjörg Schmolengruber, 2230 Gänserndorf

IMPRESSUM: DEBATTE Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M. Twitter: @media\_wall Online: Stefanie Kompatscher E-Mail: debatte@diepresse.com **Redaktion Leserbriefe:** Henriette Adrigan, Ursula Mayer **E-Mail:** leserbriefe@diepresse.com **Debatte Online:** diepresse.com/meinung Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der "Presse" entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor,

Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift,

desto höher die Chance auf Veröffentlichung.